

Ja: Wir sind Europäerinnen und Europäer

Mehr und mehr Menschen wehren sich gegen die immer lauter werdenden Töne von Rechtsnationalisten, die europäische Einigung rückgängig machen zu wollen. Auch wir laden ein, über die Krise Europas nachzudenken, so wie es heute vereinigt und zugleich uneins ist. Wir begreifen dabei die EU als eine Institution, deren Gründung und heutige Wirkung in erster Linie auf das Handeln der Menschen als solches gründet, von Menschen, die sich begegnen, die in ihrer Unterschiedlichkeit zusammenleben und die lernen, sich gegenseitig zu respektieren. Sie folgen dabei durchaus unterschiedlichen Vorstellungen, wie die weitere europäische Integration aussehen sollte.

Wir greifen in unseren Überlegungen auf das Manifesto von Ventotene zurück, das in der düstersten Zeit des letzten Jahrhunderts von Häftlingen der italienischen Gefangeneninsel geschrieben wurde. Es sieht nur in der Überwindung sich feindlich gegenüberstehender Nationalstaaten die Chance für einen dauerhaften Frieden in Europa und kommt zu der Erkenntnis, dass die Voraussetzungen dafür letztendlich nur in einem sozialistischen Europa gewährleistet werden können. Ein Europa, eine Europäische Union, in der Menschen solidarisch und friedlich zusammenleben, in der für alle Menschen das Recht gilt, Rechte zu haben, im Einklang mit Natur und Umwelt zu leben und demokratisch an der Ausgestaltung der Europäischen Union mitzuwirken, muss das Ziel sein. Es geht um soziale und ökologische Rechte und Mindeststandards, es geht um unser friedliches Zusammenleben mit den EU-Nachbarländern und die Art und Weise, wie wir als EU global agieren. In diesem Sinne setzen wir auf die Kraft zur Veränderung durch Hunderttausende Menschen, die es leid sind, sich von Populisten, Nationalisten, Egomane in eine von Kriegen, Zerstörung, Nationalismen geprägte Vergangenheit zurückstoßen zu lassen.

Der Europawahl im Mai kommt angesichts der Entscheidung Großbritanniens, aus der EU auszutreten und den wohl gescheiterten Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien, dem dramatischen Anwachsen nationalistischer und rechtsextremer Kräfte, der zunehmenden sozialen Spaltungen zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten der EU eine enorme Bedeutung zu. In wenigen Wochen entscheiden die Bürgerinnen und Bürger mit dem Stimmzettel nicht nur darüber, wie sich das neue Europäische Parlament zusammensetzt. Sie beeinflussen auch den Weg, den die EU einschlagen wird. Es geht um nicht mehr

und nicht weniger als die Zukunft der europäischen Integration selbst.

Die Frage ist: Zerfällt die EU in einen Klub von Staaten, die ausschließlich auf nationale Egoismen bedacht sind und im Zweifel die EU verlassen? Oder ist es eine Gemeinschaft, die fähig und bereit ist, auch gegen den energischen Protest von Nationalisten an einer europäischen Friedensordnung zu arbeiten?

Die Beendigung des jahrzehntelangen Namensstreits zwischen Griechenland und Nordmazedonien sind dafür aktuell ein ebenso überzeugendes Beispiel wie die große Hoffnung, die viele Menschen in die EU als Schutzmacht für den Frieden auf der irischen Insel und die Bewahrung des Karfreitagabkommens in all seinen Bestandteilen setzen.

Die EU ist entstanden aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Institutionalisten, die eine wirtschaftliche Integration Europas auf wirtschaftlichem Gebiet befürworteten, standen Funktionalisten gegenüber, die Freihandel und möglichst wenig supranationale Institutionen anstrebten. Die Fokussierung auf ökonomische Interessen gehört historisch zur DNA der Europäischen Union – und hat mit der Zuspitzung ihre Legitimation in den Augen der Bürgerinnen und Bürger untergraben. Die Zukunft des europäischen Projekts liegt deshalb nicht im Rückzug auf nationalstaatliche Politik, die keine Garantie für weniger ökonomische Fokussierung der Regierenden bietet, sondern im Kampf für ein soziales Europa, für die Europäische Sozialunion und für ein ökologisch nachhaltiges Europa in sozialer Verantwortung.

2009 hat das Europaparlament mehr Rechte bekommen. Seine Rolle gegenüber den anderen Institutionen ist gewachsen, es ist so stark wie nie zuvor. Es wird mit dem Rat als Gesetzgeber tätig und übt gemeinsam mit ihm die Haushaltsbefugnisse aus. Es erfüllt Aufgaben der politischen Kontrolle und Beratungsfunktionen nach Maßgabe der Verträge. Dieses Parlament ist das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union. In der Welt gibt es sonst keine solche supranationale Institution. Das Europäische Parlament ist der Ort, an dem wesentliche Entscheidungen darüber getroffen werden, ob die EU den Weg einer Friedensordnung und Sozialunion einschlägt oder nicht. Um dieser Aufgabe noch stärker nachkommen zu können, muss es das Recht zu Gesetzesinitiativen erhalten und gegenüber dem Europäischen Rat gestärkt werden. Was wäre das für ein Fortschritt, wenn unmittelbar aus dem Parlament jene Initiativen kämen, die von der Mehrheit der von ihren Bürgerinnen und Bürgern gewählten Abgeordneten bestimmt würden! Dann gäbe es den direkten Auftrag an die Regierungen der Mitgliedstaaten,

endlich eine Neuregelung zur Dublin-Verordnung auf den Weg zu bringen, den Rahmen für eine EU-Mindesteinkommensrichtlinie und weitere soziale und ökologische Mindeststandards zu beschließen. All das macht deutlich, wie wichtig die Wahlen zum Europäischen Parlament sind - und warum wir dafür werben, dass jede und jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch macht. Dazu kommt noch etwas: Werte und Vorzüge der Europäischen Union werden zunehmend von innen heraus in Frage gestellt und unterminiert. Wir erleben Tendenzen der Renationalisierung und Entsolidarisierung, der autoritären Umwertung von Demokratie und eines kulturellen Roll-backs. Die illiberale Demokratie ist aber keine Demokratie und darf nicht geduldet werden.

Es geht nicht mehr nur allein um die Funktionsfähigkeit der EU-Institutionen, sondern viel umfassender um die Frage, wie wir, die Europäerinnen und Europäer, miteinander und in unseren jeweiligen Ländern leben wollen.

Wir machen angesichts dieser Zukunftsfrage deutlich: Ja - wir sind Europäerinnen und Europäer! Das ist für uns ein Bekenntnis - und eine Aufgabe. Wir wollen, dass alle Menschen auf unserem Kontinent in Frieden, sozialer Sicherheit, individueller Freiheit und ökologisch nachhaltig leben können.

Das setzt tiefgreifende Reformen und Veränderungen der Europäischen Union voraus. Mehr noch, es bedarf eines Neustartes im politischen Selbstverständnis: Ein Europa der sozialen Gerechtigkeit und der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Teilen der EU. Denn nur die Europäische Union selbst ist der Schlüssel zur Lösung der vielfältigen sozialen, politischen und ökologischen Probleme unserer Zeit.

In einem Europäischen Parlament, in dem nationalistische Populisten, Rechtsextreme und Anhänger marktradikaler, neoliberaler Wirtschaftskonzepte aller Voraussicht nach stärker sein werden als je zuvor, setzen wir uns als europäisch orientierte demokratische Sozialistinnen und Sozialisten dafür ein, klar und eindeutig Position zu beziehen: Ja, wir sind Europäer und Europäerinnen. Und wir bleiben es. Dafür haben wir gute Gründe:

I.

Europa ist mehr als das zufällige Nebeneinander von kleineren und größeren Ländern mit einer teils feindseligen und kriegerischen, teils aufgeschlossenen und freundschaftlich geprägten Geschichte.

Europa ist mehr,

- weil unsere Länder mittlerweile seit Jahrzehnten Kooperation und freundschaftliche Beziehungen in den Vordergrund rücken;
- weil unsere Gesellschaften sich auf eine gemeinsame Werte-Basis beziehen: Aufklärung, Menschenrechte, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Demokratie, Freiheit und Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, Vielfalt und Toleranz;
- weil insbesondere die wirtschaftliche Verflechtung - nicht allein durch den Euro und nicht allein zugunsten der Banken und Konzerne - weit vorangeschritten ist.

Wo die Welt im Begriff ist, eine in vielerlei Hinsicht ganz andere zu werden, können Europa und die EU nicht bleiben, wie sie immer waren. Viel ist derzeit von einer Krise der EU die Rede. Wir sehen darin, aber auch etwas anderes: den Beginn des Übergangs zu etwas Neuem in der EU, zu einer erneuerten EU. Die EU war stets Wirtschaftsgemeinschaft mit Wohlstandsversprechen und zugleich Wertegemeinschaft. Nun geraten Werte durch erstarkende rechtspopulistische und nationalkonservative Kräfte, die mittlerweile sogar Regierungen stellen, unter Druck. Hier muss aktiv und konsequent – auch gegen Regierungen von Mitgliedstaaten – gewirkt werden. Hier kommt Deutschland als bevölkerungsreichstem Mitgliedstaat und größter Volkswirtschaft eine zentrale politische Rolle zu, die bisher nicht annähernd angemessen ausgefüllt wird.

II.

Der Neustart für Europa wird eine klare Richtung haben und haben müssen: *Mehr Europa!*

1. Die Europäische Union ist ein *Friedensprojekt* - allein schon aus der Tatsache heraus, dass durch ihre Gründung die Konflikte zwischen miteinander konkurrierenden ökonomischen Mächten unter den Mitgliedstaaten nicht mehr mit Waffengewalt ausgetragen wurden. Ihre Existenz allein hat jedoch gewalttätige Konflikte wie in der aktuellen Ukraine-Krise oder die Balkan-Kriege der 90er Jahre nicht ausschließen können. Sehr wohl allerdings sind mit der EU politische Mechanismen verbunden, mit denen solche Konflikte begrenzt werden konnten bzw. mit denen man daran arbeiten kann, sie aufzulösen. Deutschland spielte und spielt dabei eine starke Rolle - das aber gerade, weil europapolitisch fundierte Ansätze gesucht wurden und weil allen

Beteiligten klar war und ist, dass Deutschland allein gar nichts hätte ausrichten können.

Aber in einer immer weiter zusammenwachsenden Welt sind die Befestigung von Außengrenzen und verstärkte militärische Präsenz Teil des Problems und nicht der Lösung.

2. Die Europäische Union ist aus einer Wirtschaftsgemeinschaft heraus entstanden und hat sich zu einer Wirtschafts- und Währungsunion entwickelt. Wir haben dabei immer das Fehlen einer *Sozialunion* kritisiert. Jetzt sehen das viele andere Kräfte und Strömungen in der Europäischen Union ebenfalls so. Wir haben erreicht, dass mit der Errichtung einer Sozialen Säule der EU begonnen wurde. Sie ist noch lange nicht fertig - aber sie ist der Beginn von etwas, das wir dringend brauchen. Übernationale Regelungen wie etwa die Schaffung eines Solidarfonds, aus dem im Krisenfall die Sozial- und Arbeitslosensysteme eines Krisenlandes gestützt und gestärkt werden können und einer Europäischen Arbeitsversicherung, in die alle gesellschaftlichen Gruppen einschließlich Unternehmer, Beamten und Selbständiger einzahlen, können im Interesse Aller mehr soziale Sicherheit ermöglichen und zugleich volkswirtschaftliche Stabilisatoren bieten, zu denen Einzelstaaten in Krisensituationen nicht mehr in der Lage sind. Je weniger soziales Gefälle, desto mehr europäische Stabilität in jeder Hinsicht. Soziale Grundrechte müssen endlich bei europäischen Gerichten auch individuell einklagbar werden.

3. Sichtbarster Ausdruck europäischer Integration ist der *Euro*. Unbestritten ist der Euro kein linkes Projekt. Er hatte und hat ernsthafte Konstruktionsfehler. Dennoch gibt es heute keinen Weg mehr aus dem Euro heraus, ohne das Arbeiterinnen und Arbeiter, Rentner, Erwerbslose und Menschen in Armut am härtesten getroffen werden. Dafür liegen mittlerweile auch Erfahrungen vor, denen sich verantwortungsbewusste Politik nicht entziehen darf. Insbesondere Griechenland ist auf dem Weg dorthin viel Leid zugefügt worden - aber schon dort hat sich der deutsche Austeritätsskurs nicht vollständig durchsetzen lassen. Austerität löst kein Problem - die Verteilung von Mitteln mit der Gießkanne jedoch auch nicht. Den schmalen Grat muss man ständig neu definieren - und man kann nicht den Weg der Kürzungsdiktate gehen.

4. Die Europäische Union als Bündnis demokratischer Staaten, die gemeinsam wirtschaftlich, sozial stark und ökologisch nachhaltig sind, wurde Sehnsuchtsort derjenigen, die vor Krieg, Gewalt, Armut und ökologischen Katastrophen flüchten. Gleichzeitig schüren nationalistische Populisten, die in einigen Mitgliedsstaaten inzwischen selbst in der Regierung sitzen oder Einfluss auf die Regierungen ausüben, Hass auf Zugewanderte und Minderheiten innerhalb der EU und setzen auf Abschottung. Das Mittelmeer ist inzwischen für Zehntausende zu einem Grab geworden. All dies kann jedoch nichts daran ändern, dass Europa längst ein Kontinent der Zuwanderung und Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist. Ein Zurück zu nationalstaatlichen Regelungen, zu den Grenzzäunen und Mauern des 20. Jahrhunderts, ist nicht mehr möglich. Umso dringender ist es, für eine offene, solidarische Migrations- und Asylpolitik einzutreten. Wir fordern Deutschland und die anderen EU-Staaten auf, aktiv die Seenotrettung von Geflüchteten auf dem Mittelmeer fortzusetzen, die Häfen für gerettete Flüchtlinge zu öffnen. Die Bereitschaft vieler Städte, aus Seenot Gerettete aufzunehmen, begrüßen und unterstützen wir. Wir fordern die sofortige Beendigung jeglicher Kriminalisierung privater Seenotrettungsinitiativen! Wir erklären gleichzeitig, uns mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, zwei grundlegende internationale Abkommen vollständig zu erfüllen und dabei die Prioritäten europäischer Politik neu zu definieren: Die Abkommen zu den Zielen globaler Entwicklung (Sustainable Development Goals) und zur Bekämpfung des globalen Klimawandels. Die Europäische Union würde so einen immensen Beitrag zur dringend notwendigen Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Migration leisten.

5. Die Republik Europa steht aktuell und realistisch betrachtet nicht auf der Tagesordnung. Sie ist für uns als europäische Sozialistinnen und Sozialisten gleichwohl eine Vision und ein Ziel unseres Handelns. Mehr Europa - das heißt derzeit zum einen, die richtige Balance für die europäischen und die nationalen Kompetenzen zu finden. Demokratisierung der Institutionen und mehr Mitsprache der Regionen (auch in ihrer Differenziertheit von urbanen Zentren und ländlichem Raum) - das steht jetzt in diesem Bereich auf der Tagesordnung. Wir fordern die Mitgliedstaaten und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland auf, zur Gemeinschaftsmethode bei wichtigen Entscheidungen und der notwendigen Vertiefung der europäischen

Integration zurückzukehren. Aushandlungen von bilateralen Abkommen wie zum Beispiel beim Fiskalpakt auf zwischenstaatlicher Ebene hebeln die Mitsprache des Europäischen Parlaments, die notwendige Kooperation zwischen den Parlamenten der Mitgliedstaaten und dem Europaparlament aus, obwohl sie tiefgreifend in die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in der EU eingreifen. Wir halten die Sanierung der öffentlichen Haushalte, indem Druck auf die Privatisierung öffentlicher Aufgaben ausgeübt wird, für unsozial und undemokratisch. Wir fordern stattdessen die Stärkung des Öffentlichen, insbesondere bei der Daseinsvorsorge, und die Angleichung der Lebensverhältnisse in den Mitgliedstaaten nach oben.

6. Mehr Europa heißt aber auch, über gemeinsame koordinierte und effektive Steuerregelungen dafür zu sorgen, dass globale und europäische Unternehmen keine Steuern mehr hinterziehen können, Steueroasen geschlossen werden und die größeren Unternehmen und die Vermögenden zur Stärkung der öffentlichen Haushalte endlich gerecht beitragen. Auch eigene europäische Steuereinnahmen – sei es durch eine Plastik- oder eine Energie- oder die bereits anvisierte Finanztransaktionssteuer – wären wichtige integrationsvertiefende und zugleich finanziell wie politisch relevante Instrumente. Verbunden mit der Schaffung einer solidarischen Transferunion in der Eurozone könnten eine europäische Industriepolitik, die auf den sozial-ökologischen Umbau zielt, solidarische Zukunftsinvestitionsfonds oder eben auch eine Europäische Arbeitsversicherung zu mehr Gemeinsamkeiten und Handlungsfähigkeit innerhalb der EU führen. In diesen Prozessen sollte auch die qualifizierte Mehrheit als Entscheidungsformat zunehmend genutzt werden, um die Integration voranzubringen.

Um junge Menschen konkret mit der Vielfalt der Europäischen Union und dem Wert eben dieser Vielfalt vertraut zu machen, müssen Instrumente wie die Garantie gegen Jugendarbeitslosigkeit, die Garantie gegen Kinderarmut mit entsprechenden Finanzen ausgestattet, das Erasmus-Programm weiter verstärkt und das Interrail-Ticket eingeführt werden.

7. *Ostdeutschland in Europa.* Ostdeutschland und seine Regionen sind fest in den Strukturen der Europäischen Union verankert und nehmen — mit beachtlichem Erfolg — an Prozessen zur Gestaltung der europäischen

Integration teil, ob in Potsdam, Erfurt, Berlin oder Brüssel. Ostdeutschland ist zugleich Schnittpunkt wichtiger Europäischer Verkehrskorridore. Hier geht es nicht nur um Schienentrassen oder Straßen, sondern auch um Wasserwege - und um beachtliche Entwicklungspotenziale entlang dieser Korridore.

Europäische Entscheidungen bestimmen die Lebensbedingungen auch der Menschen in Ostdeutschland unmittelbar und in wachsendem Umfang. Die Regelungen geben in vielfältiger Form Sicherheit für Verbraucher. EU-Fördermittel leisteten und leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Stabilisierung in der Wiedergründungs- und Transformationsphase ab 1989/90 sowie für die Zukunftsfähigkeit generell. EU-Mittel bleiben auch weiterhin hier von zentraler Bedeutung - in Umfang, aber genauso in der Zielrichtung. Dies haben wir vor Augen, wenn wir gegenüber der EU die Interessen der Länder, in denen wir die dafür zuständigen Minister stellen, zur Geltung bringen.

8. Die Europäische Union ist gefährdet, aber die europäische Integration muss für den Frieden, für die Regulierung der europäischen Wirtschaft und für die jungen Generationen gerettet werden. Dazu muss die EU deutlich solidarischer, demokratischer, sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger gestaltet werden und dem Frieden nach innen und außen verpflichtet bleiben.

Dr. Gregor Gysi (Präsident der Europäischen Linken); Gabriele Zimmer (Vorsitzende GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament); Dr. Klaus Lederer (Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin); Stefan Ludwig (Minister der Justiz, für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg); Prof. Benjamin-Immanuel Hoff (Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten des Freistaates Thüringen)

Berlin, Februar 2019